

A red square containing the white text 'SPD'.

SPD

A man with glasses, wearing a dark blue suit jacket over a light blue shirt, stands on a balcony with a glass railing. He is smiling and looking towards the camera. The background is a modern building with a glass facade and a blue flag is visible in the distance.

BUNDESTAGSWAHL 26. SEPTEMBER 2021

SCHRODI MACHT'S

Bilanz einer Legislaturperiode

240
Sitzungen
Finanzausschuss
Umweltausschuss

149
Namentliche
Abstimmungen

Fraktionssitzungen

76

38
Reden
im Plenum

Presse-
mitteilungen

186

30
Besuchergruppen
in Bundestag

News
28
letter

Mo Di Mi Do Fr Sa So

76
Sitzungswochen

562

Bürger*innen nehmen
an den Berlinfahrten des
Bundespresseamtes teil.

76000 km

gependelt zwischen
Wahlkreis und Hauptstadt

Die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten findet selten in den Abendnachrichten statt. Politische Entscheidungen des Parlaments müssen gründlich vorbereitet und diskutiert werden. Der größte Teil dieser Arbeit geschieht in den Fachausschüssen und Fraktionssitzungen. Aber auch der ständige Kontakt zum Wahlkreis ist wichtig, viele Bürger wenden sich mit ihren Anliegen und Fragen zu 116 verschiedenen Themen von A wie Angehörigenentlastungsgesetz bis Z wie Zeitumstellung an Michael Schrodi und seine Mitarbeiter. Dazu kommen viele kleine und große Besprechungen und Teamsitzungen in Berlin und im heimischen Wahlkreis.

Bei der letzten Bundestagswahl haben Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt und mich in den Deutschen Bundestag gewählt. „Zeit für Gerechtigkeit - Zeit für Schrodi“ hieß damals mein Motto. Seitdem durfte ich als Mitglied des Finanz- und des Umweltausschusses genau das tun: Für mehr Gerechtigkeit sorgen. Für die nächsten vier Jahre soll es also heißen: „**Schrodi macht's!**“

Nach der Bundestagswahl im September wird es viel zu tun geben, um unser Land solidarisch und gerecht zu gestalten. Die Corona-Pandemie und der Armuts- und Reichtumsbericht haben deutlich gemacht:

Die soziale Ungleichheit in unserem Land ist weiterhin zu groß. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich und gefährdet den Wohlstand und den sozialen Frieden in unserem Land.

Mit Bundeskanzler Olaf Scholz und einer SPD-geführten Bundesregierung wollen wir deshalb drei Dinge nach vorne bringen, die sich gegenseitig bedingen:

Mehr **Respekt** für die Menschen und deren Leistung in diesem Land, mehr **Investitionen** für die Arbeitsplätze und die Unternehmen der Zukunft und ein starkes **Europa**, damit wir auch in Zukunft in Frieden und gegenseitiger Solidarität mit unseren Nachbarn zusammenleben können.

Dazu werben wir für einen klaren Regierungsauftrag. Denn wir wollen den Aufbruch für wirklichen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt.





Ein starker Sozialstaat für alle Generationen

Je geringer das Einkommen, desto größer die Wahrscheinlichkeit schwer an Covid-19 zu erkranken. Gerade systemrelevante Berufe können nicht aus dem Homeoffice erledigt werden und sind auch noch unzureichend entlohnt. Die Coronapandemie zeigt: Einen schwachen Sozialstaat können sich nur die ganz Reichen leisten.

Mit Grundgesetzänderungen in dieser Legislaturperiode haben wir dafür gesorgt, dass auch der Bund wieder Geld für wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle Generationen bereitstellt. Zum Beispiel beim Thema Bildung.

Mehr Geld für Bildung

Nirgendwo in Deutschland ist der Bildungserfolg so abhängig vom Geldbeutel der Eltern wie in Bayern. Söder und Co. haben die Digitalisierung und Modernisierung der Schulen verschlafen.

Leidtragende sind die Familien. Wir werden weiterhin mehr Geld zur Verfügung stellen, damit die Schülerinnen und Schüler auch in Bayern aus der Kreidezeit kommen. Bildungsgerechtigkeit mit kostenloser Bildung von der Kita bis zur Hochschule ist machbar.

Kultur braucht Unterstützung

Ohne Kultur wird es still im Land. Viele Kulturschaffende haben unter der Pandemie besonders gelitten. Auch das Publikum hat Konzerte, Theater, Kino, Ausstellungen und Museen schmerzlich vermisst. Mit dem Programm „Neustart Kultur“ stellen wir schon jetzt eine Milliarde Euro bereit. Zusammen mit den Ländern und der Zivilgesellschaft werden wir eine „Agenda für Kultur und Zukunft“ entwickeln, um die kulturelle Infrastruktur und die kulturellen Angebote zu verbessern und bei gesellschaftlichen Herausforderungen wie Integration, Inklusion und Digitalisierung zu unterstützen.

Bezahlbarer Wohnraum

Mietpreispbremse, Mittel zur Baulandmobilisierung und mehr Geld für den öffentlichen Wohnungsbau sind wichtige Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Auch in unserer Region steigen Mieten und Grundstückspreise immer weiter. Mit einem zeitlich begrenzten bundesweiten Mietendeckel wollen wir die exorbitanten Mieterhöhungen eindämmen. Vor allem werden wir den Bau kostengünstiger öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungen fördern. Denn nur so können wir die Preise auf dem Wohnungsmarkt dauerhaft drücken.

Innenstadtentwicklung

Wir setzen auf Innenstadtentwicklung statt Bebauung im Außenbereich: Brachliegende Flächen in Städten und Gemeinden müssen aktiviert und die Privatisierung öffentlicher Grundstücke verhindert werden.

Stärkung der gesetzlichen Rente

Die gesetzlichen Sozialversicherungen sollen den Menschen Sicherheit vor den großen Lebensrisiken bieten. Doch auch in unserer Region reicht die gesetzliche Rente trotz lebenslanger Arbeit immer häufiger nicht zum Leben. Altersarmut ist vor allem weiblich. Die Grundrente ist deshalb eine wichtige Errungenschaft! Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ist de facto eine Rentenkürzung und mit der SPD nicht zu machen. Wir wollen eine weitere Stärkung der solidarischen gesetzlichen Rentenversicherung, statt auf private Versicherungsunternehmen zu setzen. Die beste Antwort auf sinkende Renten sind höhere Löhne.

Gesundheit darf keine Ware sein

Unser Gesundheitssystem muss der Vorsorge dienen. Privatisierte Krankenhäuser wie in Dachau machen Gewinne auf dem Rücken der Beschäftigten und auf Kosten der Versorgungsqualität. Gesundheit ist eine öffentliche Aufgabe, die auch öffentlich und ohne kapitalistischen Verwertungsdruck organisiert werden muss.

SCHRODI MACHT'

Solide Finanzen und Investitionen

**Ausgang für eine solide Finanzpolitik muss die Frage sein:
Wie stellen wir sicher, dass wir auch in 20 Jahre in einer
solidarischen, wirtschaftlich starken und lebenswerten
Gesellschaft leben?**

450 Milliarden Euro müssen für unsere Zukunft investiert werden

Auf insgesamt 450 Milliarden Euro beziffern Gewerkschaften und Industrieverbände den notwendigen Investitionsbedarf. Städte und Gemeinden müssen in den nächsten Jahren 158 Milliarden Euro in die Hand nehmen, darunter 20 Milliarden für den Öffentlichen Nahverkehr, 110 Milliarden für die Stärkung der Bildung, knapp 100 Milliarden Förderung des Wohnungsbaus, den Breitbandausbau und die Ertüchtigung der Bahn. Und zuletzt 75 Milliarden Euro für die Dekarbonisierung, also die Veränderungen unserer Wirtschaftsweise hin zur CO₂-Neutralität.

Die Starken in der Gesellschaft sollen einen fairen Beitrag leisten

Wir brauchen also eine investitionsorientierte Einnahmenpolitik, um diese Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Die muss auf zwei Säulen aufbauen: Kern einer nachhaltigen Staatsfinanzierung bleibt die Besteuerung der Einkommen und Vermögen nach Leistungsfähigkeit. Wir wollen, dass die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen, die Mehrheit von 95 Prozent aber entlastet wird und von den Investitionen profitiert. Dazu ist ein effektiver Kampf gegen Steuerbetrug großer Konzerne ebenso wichtig, wie die Besteuerung höchster Vermögen und Konzernerschaften. Die großen Investitionen lassen sich aber nicht alleine über Steuereinnahmen finanzieren.

Unterlassene Investitionen gehen zu Lasten der jungen Generation

Deswegen müssen wir jetzt Kredite aufnehmen, um die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern. Das wird sich auszahlen. Denn so bilden wir die Ingenieurin, den Krankenpfleger, die IT-Fachkraft von morgen aus. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Bei einem Zinssatz der 30-jährigen Staatsanleihen von 0,0 % ist das im Übrigen keine Belastung der kommenden Generationen, sondern Voraussetzung für deren positive Zukunft und eine moderne Infrastruktur.

Bei der nächsten Bundestagswahl wird entschieden, ob Konservative und Neoliberale dieses Land heruntersparen oder ob wir mit der SPD aus der Krise herauswachsen und in neue Arbeitsplätze, innovative Unternehmen und den Klimaschutz investieren.

[facebook.com/m.schrodi](https://www.facebook.com/m.schrodi)

Gerechte Löhne und sichere Arbeitsplätze sind die Basis einer zukunftsfähigen Wirtschaft

Wirtschaft und Gesellschaft sind im Wandel. Die Pandemie beschleunigt manche Entwicklungen. Eine gerechte Wirtschaftspolitik muss hier gegensteuern: Gute Löhne, qualifizierte neue Arbeitsplätze und innovative Unternehmen sichern unserer Region Wohlstand und sozialen Zusammenhalt.

Faire Löhne für gute Arbeit sind eine Frage des Respekts

Faire Löhne für gute Arbeit sind ein Grundanliegen der SPD und eine Frage des Respekts. Und dieser muss immer wieder neu erkämpft werden. Dazu gehören ordentliche Tarifverträge für Pflegekräfte, wie sie Arbeitsminister Hubertus Heil fordert, sowie Schutz vor rücksichtslosem Gewinnstreben auf Kosten der Arbeitnehmer. Wenn Internetriesen in der Pandemie riesige Gewinne abschöpfen und gleichzeitig beim Arbeitsschutz und Pausenzeiten sparen - so wie Amazon das beim Verbot von FFP2-Masken versucht - müssen Gesetzgeber und Gewerkschaften eingreifen. Auch drastischer Stellenabbau bei Großunternehmen in Krisenzeiten passt nicht zur ständigen Klage der Unternehmen über Fachkräftemangel.



Gerechter Lohn und gute Arbeitsplätze kommen nicht von alleine

Mit einer SPD-geführten Bundesregierung werden wir dafür sorgen, dass Tarifverträge einfacher durchzusetzen sind, die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung endgültig beendet wird, die Gründung von

Betriebsräten erleichtert und der Mindestlohn auf mindestens 12 Euro angehoben wird. Zudem wird es endlich ein Bundestarifreugesetz geben, damit öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen.

Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer

Es ist Zeit für ein wirksames Gesetz zur Durchsetzung der Lohngleichheit von Frauen und Männern. Denn Frauen haben mehr verdient! All diese Maßnahmen sind übrigens nicht nur gerecht, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Von gestiegener Kaufkraft profitieren auch die Unternehmen vor Ort. All diese Maßnahmen sind bisher von Union und FDP verhindert worden, sie sind die größten Bremsen für Gerechtigkeit in der Arbeitswelt.



Foto: Thorsten Rienth - MTU



Aktive Wirtschafts- und Industriepolitik

Nur mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik können Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.

Gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz werden wir die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Gute kostenlose Bildung von der Kita bis zur Hochschule, bezahlbare Wohnungen, Verbesserung unserer Verkehrsinfrastruktur und der Ausbau erneuerbarer Energien werden die Voraussetzung für einen gelingenden Wandel schaffen. Die Unternehmen in unserer Region brauchen genau diese Impulse.

Klimaschutz geht nur gerecht!

Als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landesgruppe Bayern sehe ich Umwelt- und Klimaschutz nicht als Bürde, sondern als Chance und Voraussetzung für Lebensqualität, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Wir wollen die Menschen beim Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft finanziell unterstützen und beispielsweise mit der Abschaffung der EEG-Umlage die Strompreise senken. Das ist gerechte Klimapolitik.

Klimaneutrale Wirtschaft

Wir werden Deutschlands CO₂-Ausstoß durch klare Ausstiegsziele senken. Dafür brauchen wir in den nächsten Jahren Innovationen und massive Investitionen in Erneuerbare Energien, Zukunftstechnologien und klimafreundliche Mobilität. Die Weichen dafür sind schon gestellt: Es wird in Zukunft attraktiver sein, mit der Bahn zu reisen als zu fliegen. Das Klimapakete ist das größte Wachstumsprogramm in 180 Jahren Bahngeschichte: Die Bahn bekommt 20 Milliarden Euro mehr als bisher. Auch der ÖPNV wird ab 2021 mit 1 Milliarde pro Jahr gefördert. Klimaschutz ist ein zentrales Ziel im Zukunftskonzept von Olaf Scholz.

Moderne Industriepolitik

MAN steigt schon auf Elektromobilität um, MTU baut Turbinen für den umweltfreundlichen Flugverkehr von morgen und große Autobauer wollen den Ausbau der Ladeinfrastruktur und der erneuerbaren Energi-

en. Das sorgt für Erhalt und Schaffung neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze in unserer Region.



Wer Klimaschutz will, muss die Erneuerbaren Energien ausbauen

Ich will eine Solarpflicht für alle öffentlichen Gebäude. Ich will, dass die überschüssige Energie unserer Müllverbrennungsanlage in klimaneutrale Energie umgewandelt werden kann. Und ich will, dass die notwendige Windenergie auch hier produziert wird. Neben der bayerischen 10 H Abstandsregelung verhindern auch zu niedrige Flughöhen für den militärischen und zivilen Flugverkehr den Ausbau der Windkraft in unserer Region. Die CDU-geführten Wirtschafts- und Verteidigungsministerien stehen beim Klimaschutz leider wieder auf der Bremse.



Natur- und Artenschutz

Wälder, Moore und Grünflächen sind natürliche CO₂-Speicher. Sie sorgen dafür, dass wir Luft zum atmen haben. Als komplexe Ökosysteme bieten sie Lebensraum für Insekten, Tiere und Pflanzen, speichern und filtern Wasser, liefern nachwachsende Rohstoffe und sind wichtiger Erholungsraum für uns Menschen.

Moore und Wälder erhalten

Allein in den letzten zwei Jahren haben wir 1,5 Milliarden Euro für den Waldumbau und Aufforstungen bereitgestellt und Vorschläge für eine weitreichende Moorschutzstrategie vorgelegt. Wir wollen in den nächsten vier Jahren unsere Wälder für die Zukunft fit machen und dafür ihre vielfältigen Leistungen finanziell stärker honorieren. Bestehende Moore wie unser Haspelmoor, das Fußberg-, das Palsweiser und Dachauer Moos

müssen wir schützen und die trockengelegten wiedervernässen.

Lebensräume schützen

Insekten sind wichtig für das Funktionieren von Ökosystemen und für unsere Landwirtschaft. Wir werden deshalb Maßnahmen gegen das Insektensterben auf den Weg bringen und dafür sorgen, dass sich die Artenvielfalt erholt. Mit dem Insektenschutzgesetz stellen wir wichtige Lebensräume unter Schutz und schränken den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln stärker ein.





Der 44-jährige Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi ist gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann und hat nach Lehre und Studium als Gymnasiallehrer in Dachau und Fürstenfeldbruck unterrichtet. Er begann seine politische Tätigkeit bei den Jusos und engagierte sich schon damals gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sportlich war er als Fußballspieler in der Bayern- und Landesliga aktiv, heute spielt er im Team des FC Bundestag.

Homeschooling ist auch bei Familie Schrodi Alltag. Gemeinsam mit Ehefrau Simone, einer promovierten Humanbiologin, ist der Abgeordnete bei der Betreuung der Kinder Oskar und Emma gefordert. Klar, dass Michael Schrodi sich für zukunftsorientierte Politik einsetzt.

SPD

Michael Schrodi
- für uns wieder in den Deutschen Bundestag